

Kurzbericht

Ausschuss für Inneres und Sport

(81. - öffentliche - Sitzung am 18. September 2025)

Tagesordnung:

1. **Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Haushaltsgesetzes 2025 (Nachtrags-haushaltsgesetz 2025) und der Niedersächsischen Landeshaushaltsordnung**
Gesetzentwurf der Landesregierung - [Drs. 19/7915](#) neu
2. a) **Entwurf eines Gesetzes über die Feststellung des Haushaltsplans für das Haus-haltsjahr 2026 (Haushaltsgesetz 2026 - HG 2026)**
Gesetzentwurf der Landesregierung - [Drs. 19/7910](#) neu

b) **Mittelfristige Planung des Landes Niedersachsen 2025 bis 2029**
Unterrichtung - [Drs. 19/8151](#)

Der - mitberatende - Ausschuss behandelt die Tagesordnungspunkte 1 und 2 gemein-sam. Er nimmt die Vorstellung zu TOP 1 und TOP 2 a und b unter Einbeziehung des Ein-zelplans 03 - Ministerium für Inneres, Sport und Digitalisierung -, des Einzelplans 19 - Digitalisierung und Informations- und Kommunikationstechnik (IT) - und des Einzel-plans 20 - Hochbauten - durch die Ministerin für Inneres, Sport und Digitalisierung ent-gegen, führt die Mitberatung zu TOP 1 durch und beginnt mit der Mitberatung zu TOP 2 a und b.

3. a) **Entwurf eines Gesetzes über die Feststellung des Haushaltsplans für das Haus-haltsjahr 2026 (Haushaltsgesetz 2026 - HG 2026)**
Gesetzentwurf der Landesregierung - [Drs. 19/7910](#) neu

b) **Mittelfristige Planung des Landes Niedersachsen 2025 bis 2029**
Unterrichtung - [Drs. 19/8151](#)

Der - mitberatende - Ausschuss nimmt die Vorstellung des Einzelplans 17 - Landesbeauf-tragter für den Datenschutz - unter Einbeziehung der Mipla 2025 bis 2029 durch den Landesbeauftragten für den Datenschutz entgegen und beginnt mit der Mitberatung des Einzelplans 17.

4. **Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Niedersächsischen Kommunalverfas-sungsgesetzes**
Gesetzentwurf der Fraktion der AfD - [Drs. 19/8218](#)

Der Ausschuss beginnt mit der Beratung. Er bittet die Landesregierung um eine schrift-liche Unterrichtung.

5. **Gemeinsam die Resilienz Niedersachsens stärken**

Antrag der Fraktion der SPD und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen - [Drs. 19/6284](#)

Der Ausschuss beschließt, anstatt der ursprünglich geplanten mündlichen Anhörung, die für seine 80. Sitzung anberaumt war, aber aus Zeitgründen ausfallen musste, eine schriftliche Anhörung durchzuführen.

6. **Polizeiarbeit in das Zeitalter der Digitalisierung überführen - verfahrensübergreifende Datenanalysen in Echtzeit ermöglichen**

Antrag der Fraktion der CDU - [Drs. 19/8214](#)

Der - federführende - Ausschuss beginnt mit der Beratung. Er bittet die Landesregierung um eine schriftliche Unterrichtung.

7. **Taktische Einsatzkennzeichnung niedersächsischer Polizeikräfte in geschlossenen Einsätzen**

Antrag der Fraktion der SPD und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen - [Drs. 19/8238](#)

Der - federführende - Ausschuss beginnt mit der Beratung. Er bittet die Landesregierung um eine schriftliche Unterrichtung.

8. **Konsequente Bekämpfung sexueller Gewalt gegen Kinder und Jugendliche - Verfahren und Instrumente der Sicherheitsbehörden weiter optimieren**

Antrag der Fraktion der SPD und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen - [Drs. 19/8240](#)

Der - federführende - Ausschuss beginnt mit der Beratung. Er beschließt, den Antrag in die in seiner 79. Sitzung beschlossene mündliche Anhörung zu dem Antrag der Fraktion der CDU „Opfer von Kindesmissbrauch besser schützen - kinderpornografisches Bild- und Videomaterial im Internet umfassend löschen“ ([Drs. 19/6527](#)) einzubeziehen. Ferner beschließt er, die Anhörung in seiner für den 27. November 2025 vorgesehenen Sitzung durchzuführen.

9. **Antrag auf unverzügliche Unterrichtung durch die Landesregierung zum Thema: „Einrichtung von Dublin-Zentren in Niedersachsen“**

Der Ausschuss beschließt zu dem Antrag der Fraktion der CDU vom 15. September 2025, die Landesregierung um eine zeitnahe schriftliche Unterrichtung zu bitten.

10. **Antrag auf Unterrichtung durch die Landesregierung zum Thema: „Terror-Ermittlungen wegen der Bildung einer mutmaßlich rechtsextremen bewaffneten Gruppe und mögliche Verbindungen zur rechtsextremen Gruppe ‚Nordbund‘“**

Der Ausschuss beschließt zu dem Antrag der Fraktion der SPD und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 16. September 2025, die Landesregierung um eine zeitnahe schriftliche Unterrichtung zu bitten.